

Das Stichwort → Asyl

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ heißt es in Artikel 16a des Grundgesetzes. Dieses Grundrecht wurde aus der Erfahrung der Vergangenheit heraus formuliert: Für Deutsche, die vor der Naziherrschaft ins Ausland fliehen mussten, war die Gewährung von Asyl vor und während des Zweiten Weltkriegs überlebenswichtig. 1993 wurde nach heftigen politischen Auseinandersetzungen das Recht auf Asyl modifiziert. Asylbewerber, die aus sicheren Drittstaaten (= Länder, in denen die Genfer Flüchtlingskonvention und die europäische Menschenrechtskonvention gilt) einreisen, haben kein Anrecht mehr auf Asyl (Schengener Abkommen und Dubliner Verfahren, siehe S. 92).

3. Bundesweit sind Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen worden, in denen Flüchtlinge Asyl beantragen. Das Dubliner Verfahren war wegen des Ansturms außer Kraft. Bürgerkriegsflüchtlinge haben gute Aussichten auf Asyl. Anerkannte Flüchtlinge können ihre nächsten Angehörigen – Kinder, Eltern, Ehegatten – nach Deutschland nachholen.

Die Entscheidung über die Anerkennung von Asyl fällt in Deutschland das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg (= BAMF) und seine Außenstellen. Abgelehnte Asylbewerber aus sicheren Drittstaaten können relativ schnell abgeschoben (= zurückgeschickt) werden. Deutschland versucht inzwischen, die Zahl „sicherer“ Drittstaaten zu erhöhen, um mehr Flüchtlinge zurückschicken zu können. Flüchtlinge, die nicht abgeschoben werden können (Länder verweigern z.B. die Rücknahme), können ein begrenztes Bleiberecht bekommen.

Es gibt für die meisten keine legale Möglichkeit, ein sicheres EU-Land zu erreichen. Deshalb flüchten viele mit falschen Papieren und auf lebensgefährlichen Wegen und bezahlen das oft mit ihrem Leben.

4. Brüssel appellierte an die Solidarität der Länder und schlug einen Verteilerschlüssel mit bestimmten Aufnahmequoten vor. Das Ergebnis war niederschmetternd. Viele, allen voran die neuen EU-Länder im Osten, lehnten die Aufnahme von Flüchtlingen strikt ab, trotz der Appelle des EU-Präsidenten für Menschlichkeit und Solidarität. Es drohen aber auch innere Gefahren: Rechtsradikale Kräfte verbreiten Hassbotschaften über das Internet; rechte Pöbler und verblendete Mitläufer setzen Flüchtlingsunterkünfte in Brand und verüben Gewalttaten. Für die Montagsdemonstrationen der Pegida in Dresden und in anderen Städten (siehe Seite 73) ist das Thema Flüchtlinge zur Demon-



Die Dresdner Semperoper zeigt Flagge

stration des Hasses und der Fremdenfeindlichkeit geworden; Gegendemonstrationen sind die Antwort. Es geht darum, die Inhalte der Pegida als falsch zu entlarven und zivilgesellschaftlichen Widerstand zu leisten.

5. Angesichts neuer Torgefahren haben sich die EU-Mitgliedsländer geeinigt, die EU-Außengrenzen besser zu schützen (siehe Frontex, S. 145). Nationale Kontrollen an den EU-Innengrenzen sollen das Schengener-Abkommen der offenen Grenzen aber nicht außer Kraft setzen.